

# PARLAMENTARSREPORT



## Liebe Leserinnen und Leser,

*Ich mach´ mir die Welt, worldwide wie sie mir gefällt! Gäbe es in der Politik einen Pippi-Langstrumpf-Preis, er ginge in diesem Monat an den Vizechef des Dresdner Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, Joachim Ragnitz. Der glaubt plötzlich, dass sich die Löhne in Ost und West „bis zur Mitte des nächsten Jahrzehnts im Durchschnitt“ angeglichen haben werden. Vor wenigen Wochen hatte er noch vorhergesagt, dass „der Lohnabstand zum Westen wohl noch längere Zeit bestehen bleiben“ werde. Jedenfalls kommt er nun zu dem Schluss, dass die Angleichung der Ost-Renten an das Westniveau nicht beschleunigt werden müsse (nach dem Willen der CDU-SPD-Bundesregierung hat sie Zeit bis 2024) – und dass die ostdeutschen Löhne bei der Rentenberechnung nicht mehr hochgewertet werden müssten. Wie aber ist der Stand nach 27 Jahren Einheit? Vollzeitbeschäftigte in Sachsen verdienen durchschnittlich 28 Prozent weniger als westdeutsche Vollzeitbeschäftigte, in vielen Fällen bei gleicher Tätigkeit. 36 Prozent der ostdeutschen Vollzeitbeschäftigten arbeiten zu einem Niedriglohn, in den West-Bundesländern sind es 16,6 Prozent. Wie zum Hohn hat die sächsische Wirtschaftsförderung mit niedrigen Löhnen lange geworben, auch mit Ragnitz' Schützenhilfe.*

*Nein, solche Forscher taugen als Politikberater ebenso wenig wie das rothaarige Mädchen aus Astrid Lindgrens Kinderbüchern. Wir kämpfen weiter für gleichwertige Lebensbedingungen, zugunsten aller in Deutschland, die ein geringes Einkommen erzielen. Wir wollen das Rentenniveau auf 53 Prozent anheben und eine solidarische Mindestrente einführen. Die Angleichung der Renten muss aus Steuermitteln finanziert und bis 2019 abgeschlossen werden.*

*Rico Gebhardt*

Rico Gebhardt  
Fraktionsvorsitzender

**DIE LINKE.**  
Fraktion im Sächsischen Landtag

## Der Osten ist mehr als die verlängerte Werkbank des Westens – Einheit jetzt!

Eine sächsische Altenpflegerin verdient monatlich 900 Euro weniger als ihre Kollegin in Bayern. Eine Fachkraft in Mecklenburg-Vorpommern bekommt im Durchschnitt etwa 17.000 Euro weniger im Jahr als eine in Hessen. Das hat Folgen: Im Osten erhalten zwei Drittel der Rentnerinnen und Rentner weniger als 1.000 Euro. 26 Prozent der 18- bis 29-jährigen Sächsischen und Sachsen sagen laut „Sachsen-Monitor“, die Einheit hätte ihnen überwiegend Nachteile gebracht.

Das zeigt: Die soziostrukturellen Unterschiede zwischen Ost und West sind längst nicht Geschichte. Das Thema gehört auf die Tagesordnung, deshalb rief die Linksfraktion es im Landtag auf: „Zeit für einen Politikwechsel zur Beendigung der Benachteiligung der Menschen in Ostdeutschland“. **Rico Gebhardt, LINKEN-Fraktionschef**, stellte fest: „Vor zwanzig Jahren ist der wirtschaftliche und soziale Aufholprozess des Ostens zum Erliegen gekommen. Ich denke, dass wir endlich deutlich machen müssen, dass die Menschen im Osten keine Menschen zweiter Klasse sind. Und wir müssen endlich für mehr soziale Sicherheit und Gerechtigkeit auch für die Kinder- und die Enkelgenerationen der nach 1990 Geborenen sorgen“. Es sei notwendig, ein Ministerium für ostdeutsche Belange einzurichten. Die Tarifbindung auch der sächsischen Unternehmen müsse erhöht, Betriebsräte müssten unterstützt und eine Strukturpolitik angestoßen werden, die mehr Unter-

nehmenswachstum ermöglicht. Denn die hiesige Wirtschaft ist viel kleinteiliger strukturiert, so sind viele Ost-Betriebe kleiner als die westdeutschen. Im Kreis Bautzen etwa gibt es 12.150 Unternehmen, von denen nur zehn Prozent mehr als zehn Beschäftigte haben. Was sich in den deutschen Hochlohnregionen Mittelstand nennt, sind nach sächsischem Maßstab Großbetriebe.

**Nico Brünler, in der Linksfraktion zuständig für Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik**, warnte die CDU-geführte Staatsregierung davor, niedrige Löhne weiter als Standortvorteil anzupreisen. „Das führt zu einem Ruf als Billiglohnland, in dem Großunternehmen ihre Produktionsanlagen nur als verlängerte Werkbank betrachten und nach Belieben wieder stilllegen, weil ihnen im Unternehmen keine strategische Bedeutung zukommt.“ Selbst Ministerpräsident Tillich hat in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung eingeräumt, dass er „immer wieder“ erlebe, „dass sächsische Standorte trotz längerer Arbeitszeiten und geringerer Löhne aufgegeben werden, um Standorte im Westen zu schonen.“ Er, Tillich, „kenne Beispiele, wo Unternehmen mit Verweis auf ihre ostdeutsche Herkunft aufgefordert wurden, ihre Angebote um bis zu 20 Prozent billiger zu machen“. Brünler kritisierte, dass Sachsen nicht mit einer aktiven Standortpolitik reagiere. Beim Lausitzer Schienenfahrzeugbauer Bombardier sei zu beobachten, was falsch läuft: Es gebe auf den sächsischen Gleisen immer weniger Bombardier-Züge,

weil sich bei der Vergabe von Strecken an die privaten Konkurrenten der Bahn stets der billigste Anbieter durchsetzen müsse. Weil die Verkehrsverbünde zu wenig Geld vom Land bekommen, müssten sie auf Biegen und Brechen sparen, also entweder Strecken abstellen oder die Ausschreibekriterien herunterschrauben. Nun kämpfen die Bombardier-Beschäftigten gegen den Stellenabbau.

Redner der Regierungskoalition sangen das alte Lied, die DDR-Wirtschaftspolitik sei für die heutige Lage verantwortlich. Diese Sicht blendet allerdings aus, dass es die Treuhandanstalt war, die nach 1990 maßgeblich dafür sorgte, dass kein einziger Konzern seinen Sitz in Sachsen hat. „Ich lasse mir ja gern gefallen, dass Sie mir vor 20 Jahren vorgerechnet haben, was die DDR alles falsch gemacht hat. Aber sich hier hinzustellen, nachdem Sie 27 Jahre lang für die Wirtschaftspolitik verantwortlich waren, und zu sagen, das liege an der DDR, das ist doch lächerlich“, rief Gebhardt der CDU zu.

Der dauerhafte Lohnabstand zu Westdeutschland hat gravierende soziale Folgen. Im Osten können mehr Menschen von ihrer Arbeit nicht leben und müssen den Gang zum Amt antreten. Ihre Renten fallen geringer aus, Altersarmut wird bedrohlicher, von einem ausgebauten Betriebsrentensystem ganz abgesehen. Am Ende leiden auch die Kinder unter der Einkommensarmut. Das war und ist nicht hinnehmbar!

150.000 sächsische Kinder leben in Armut.

**Aufwachen,  
Herr Tillich!**

Sachsens Regierung muss im Bund für mehr Kindergeld und eine Kindergrundsicherung kämpfen! Kinder verdienen Gesundheit, Würde und gute Bildung. Mehr: **DIE LINKE.** [linksfraktion-sachsen.de](http://linksfraktion-sachsen.de)

# Eines ist sicher: Afghanistan ist nicht sicher

„In ganz Afghanistan besteht ein hohes Risiko, Opfer einer Entführung oder eines Gewaltverbrechens zu werden. Landesweit kann es zu Attentaten, Überfällen, Entführungen und anderen Gewaltverbrechen kommen.“ Diese Einschätzung stammt nicht von der LINKEN, sondern vom Auswärtigen Amt der Bundesrepublik – das so eine Reise-warnung begründet. Dennoch forciert dieselbe Bundesregierung die Abschiebung von Menschen in dieses Land, auch mit Unterstützung der sächsischen Landesregierung. Seit Dezember 2016 starten wieder Flugzeuge in Richtung Hindukusch, gerechtfertigt mit der Lüge, es gebe in Afghanistan Orte, an den man sicher leben kann. So opfern die Regierenden in Bund und Land Menschenrechte und im schlimmsten Fall Menschenleben, um vor der Bundestagswahl Härte zu zeigen.

Laut dem Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen hat sich die Sicherheitslage innerhalb des letzten Jahres akut verschlechtert. Ganz Afghanistan wird als Krisenregion angesehen, die innerstaatlichen Konflikte zwischen IS, Taliban-Gruppen und anderen regionalen Clans haben sich ausgebreitet, die Regierung verliert an Stabilität. Die Vereinten Nationen stellen fest, dass im gesamten Staatsgebiet ein bewaffneter Konflikt tobt. Der Militäreinsatz westlicher Mächte hat auch Afghanistan keinen Frieden gebracht, sondern das Land destabilisiert. Davon profitieren fundamentalistische Kräfte, ein perfekter Nährboden für Terror-Organisationen ist entstanden. Afghanistan ist kein sicheres Herkunftsland! Terroranschläge sind an der Tagesordnung – selbst in Kabul, was Bundesinnenminister Tho-

mas de Maiziere (CDU) eigentlich wissen müsste. Schließlich ereignete sich auch während seines Besuches im letzten Winter eine solche Gewalttat, als er gerade in der deutschen Botschaft zu-

zug Geflüchtete zurücknimmt. Die Bundesrepublik Deutschland drang auf eine solche Übereinkunft, die Menschenrechte zur Verhandlungsmasse macht. „So wird Aufbauhilfe zum Kne-

in Sicherheit möglich ist. Ähnlich halten es Bremen, Thüringen, Brandenburg und Niedersachsen. Abschiebungen nach Afghanistan sind ein Rechtsbruch, an dem sich Sachsen nicht beteiligen



Mittag ab. Mindestens zwanzig Menschen starben, 29 wurden verletzt. Die Liste solcher Attentate ist lang. Im letzten Jahr kamen laut UN fast 3.500 Zivilisten um, darunter fast tausend Kinder. Im Land selbst sind Hunderttausende auf der Flucht. Etwa 2,6 Millionen waren bis zum letzten Jahr außer Landes geflohen. 95 Prozent (!) leben heute in Pakistan und im Iran.

Hilfzahlungen aus der EU fließen indes nur, wenn Afghanistan im Gegen-

bel für die durch den Westen zerstörten und ausgebeuteten Länder“, kritisiert **Juliane Nagel, die Sprecherin der Linksfraktion für Migrations- und Flüchtlingspolitik.**

Die Linksfraktion fordert (Drucksache 6/8768): Abschiebungen nach Afghanistan aussetzen – Sicherheitslage neu bewerten! Schleswig-Holstein geht diesen Weg schon. Dieses Bundesland beteiligt sich nicht an Abschiebungen in dieses Land, solange dort kein Leben

muss. Sowohl die Genfer Flüchtlingskonvention als auch die EU-Grundrechte-Charta verbieten es, Menschen in ein Land abzuschicken, in dem ihnen Gefahr für Leib und Leben droht. Die sächsische Staatsregierung sollte außerdem auf der Bundesebene dafür kämpfen, dass die Sicherheitslage in Afghanistan nicht länger beschönigt wird. Die Ablehnung dieses Vorstoßes durch CDU, SPD und AfD zeigt: Es ist höchste Zeit für einen Politikwechsel, auch in Sachsen.

## Für eine Obergrenze bei Dispo-Zinsen!

Wer in den letzten Wochen und Monaten Post von seiner Bank des Vertrauens erhielt, dürfte selten gute Nachrichten lesen. Januar 2016: Die Erzgebirgssparkasse erhöht die Gebühren für die Girokonten. Wer nicht binnen zwei Wochen widerspricht, hat aus Sicht der Bank seine Zustimmung erteilt, ob wissentlich oder nicht. Die Verbraucherzentrale mahnt die Sparkasse ab. Juli 2016: Die Sparkasse Zwickau erhöht die Gebühren für Girokonten, die Ostsächsische Sparkasse führt neue Kontomodelle ein. Die Sparkasse Vogtland kündigt an, im April 2017 ihre kostenlosen Kontomodelle abzuschaffen, indes steigen die Gebühren für andere Konten. Solche Beispiele sind vielen bekannt. Nicht nur Sparkassen bitten ihre Kundinnen und Kunden stärker zur Kasse, auch Privatbanken ziehen nach. So werden die Kosten der Finanzkrise auf jene abgewälzt, die an ihr unschuldig sind.

Hohe Konto- und Zusatzgebühren, intransparente Kontomodelle und horrend Dispozinsen sind ein ständiges Ärgernis. Neben den Kontoführungsgebühren gibt es viele kleine Zusatzkosten, die man erst bei genauerem Hinse-

hen findet – sei es für Überweisungen, mehrmaliges Geldabheben am Schalter, die EC-Kartennutzung oder den SMS-Versand von Transaktionsnummern für das Online-Banking. Insbesondere Menschen im ländlichen Raum müssen das akzeptieren, wenn vor Ort kein anderes Kreditinstitut ansässig ist. Damit nicht genug: Obwohl der Leitzins der EZB extrem niedrig ist, leiden die Sparerinnen und Sparer unter hoher Zinslast, während ihre Guthaben kaum noch Erträge bringen. Manche Sparkassen erheben sogar Strafzinsen

für Einlagen über 100.000 Euro, was vor allem Unternehmen, Vereine und Kommunen trifft. Zudem dürfen Banken Dispo-Kredite fristlos kündigen, was Schuldner noch tiefer in die Verzweiflung treibt.

Die Linksfraktion streitet im Landtag dafür, die Kundinnen und Kunden besser zu schützen (Drucksache 6/8725). Wir wollen über das Sparkassengesetz regulierend auf das Bankwesen einwirken und fordern die Staatsregierung zu einer Bundesratsinitiative

auf. Wir wollen mehr Transparenz bei Gebühren und Zinsen und eine Obergrenze bei Dispo-Zinsen, die maximal fünf Prozentpunkte über dem Leitzins liegen soll. Die Kreditinstitute sollen außerdem verpflichtet werden, die individuellen Vergütungen ihrer Vorstände und Aufsichtsräte offenzulegen. Für Dispokredite soll eine mindestens einmonatige Kündigungsfrist gelten, um Schuldnerinnen und Schuldner eine Atempause zu verschaffen. „Seit Jahren verdienen Kreditinstitute an Kontoüberziehungen. Dispositions- und Überziehungskredite sind eine willkommene Einnahmequelle, ein lukratives Geschäft mit geringem Ausfallrisiko“, kritisiert **Janina Pfau, Sprecherin für Verbraucherschutz.** Damit müsse Schluss sein. „Insbesondere Dispozinsen müssen für alle Verbraucherinnen und Verbraucher leicht verständlich, zugänglich und somit auch leicht erkennbar sein.“

Wenn die Landesregierung diese Vorschläge umsetzen würde, könnte schon bald erfreuliche Post im Briefkasten landen. Solange CDU und SPD allerdings in Bund und Land das Sagen haben, ist damit nicht zu rechnen.



# Ein modernes Schulgesetz gibt's nur mit uns!

Nach langem Hin und Herr wollen CDU und SPD im April das Schulgesetz ändern. Ihren Entwurf nennen sie allen Ernstes „Gesetz zur Weiterentwicklung des Schulwesens“. Dieser Titel ist heillos übertrieben. Denn die Koalition plant keinen großen Wurf. Die Koalitionäre beschränken sich im Wesentlichen darauf, den Schulen und Schulträgern zusätzliche Aufgaben zu übertragen, ohne ihnen die dafür nötigen finanziellen und personellen Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Außerdem, und das ist der wichtigste Punkt, bleibt es beim gegliederten Schulsystem. Auch künftig wird also nach Klasse 4 aussortiert, wer auf das Gymnasium gehen soll und wer nicht. Dieses Schulmodell stammt von 1919.

Für die Linksfraktion ist klar, was sich ändern muss, damit das Schulgesetz wirklich modern wird. Das größte Manko bleibt, dass CDU und SPD auf längeres gemeinsames Lernen verzichten. Dabei lernen leistungsstarke und leistungsschwächere Kinder schon in der Grundschule mit- und voneinander. Niemand kann sagen, wie sich die Zehnjährigen dann entwickeln. Trotzdem werden sie getrennt, laut CDU eine „bewährte“ Praxis. Allerdings beklagt Sachsen hohe Schulabbruch-Zahlen, Industrie und Handwerk vermissen guten Nachwuchs. Wir wollen, dass öffentliche Schulen zu Gemeinschaftsschulen werden dürfen, in denen frühestens nach der achten Klasse entschieden wird, wer welchen Abschluss anstrebt. In der Anhörung im Schulausschuss stimmte uns der Sachverständige Frank Schenker zu. Schenker ist Bürgermeister der Stadt Jena und Dezent für Bildung – und Mitglied der CDU. In Jena ist die Gemeinschaftsschule ein Erfolg und die Schulform, die von Eltern und ihren Kindern am häufigsten gewählt wird.

Es gibt noch eine Reihe weiterer Änderungen, für die sich die Linksfraktion einsetzt. Wenn es nach CDU und SPD geht, sollen künftig bis zu 28 Schülerinnen und Schüler in einer Klasse lernen. Das ist zu viel! Die Obergrenze sollte auf 25 sinken – der Lernqualität zuliebe. Außerdem müssen weitere Schulschließungen auf dem Land verhindert wer-

den. Oberschulen sollen mit 20 Schülerinnen und Schülern pro Klassenstufe auskommen dürfen (bisher 25), Grundschulen mit insgesamt 50 Kindern (bisher 60). Weil der Schulbesuch keine freiwillige Sache ist, sollen die Eltern nichts mehr für die Schülerbeförderung zahlen müssen, wie es bis 1996 der Fall war. Auch die verfassungsrecht-

lich garantierte Lernmittelfreiheit muss endlich umgesetzt werden. Wir wollen im Schulgesetz festschreiben, was gemeint ist: etwa Schulbücher, Kopien, Taschenrechner oder Grundstoffe für Chemie- und Werkunterricht. Das Land soll den Schulträgern, also Kreisen und Kommunen, die Kosten erstatten. Nach dem Willen von CDU und SPD soll jedoch das Kultusministerium entscheiden, welche Lernmittel kostenlos sind, und die Schulträger bleiben auf den Kosten sitzen.

Im Falle der Schulsozialarbeit fordert der Regierungsentwurf, dass sie an allen Schulen, insbesondere aber an Oberschulen stattfinden soll. Im Doppelhaushalt stehen Mittel für 280 Stellen für die Schulsozialarbeit bereit, ungefähr genauso viele Oberschulen gibt es im Freistaat. Allerdings liegt die Gesamtzahl der öffentlichen Schulen bei etwa 1.300. Wir wollen Schulsozialarbeit zur Pflicht machen und die nötigen Mittel bereitstellen – schon damit weniger junge Leute ohne Abschluss bleiben. Dazu soll auch die Verpflichtung aller Schulen beitragen, inklusiven Unterricht anzubieten. In ihm lernen Kinder und Jugendliche mit und ohne Behinderungen gemeinsam. Ebenso wollen wir dafür sorgen, dass Ganztagsangebote künftig sicher gefördert werden. Denn Theatergruppen, Sporttraining, Schulchor und Co. entwickeln Kompetenzen.

In puncto Modernisierung ist es zudem erforderlich, den Bildungs- und Erziehungsauftrag der öffentlichen Schulen von seiner Bindung an die „christliche Tradition“ zu lösen. Denn nur ein Fünftel der sächsischen Bevölkerung gehört einer christlichen Konfession an.

Wir sind auf die Argumente der Koalition gespannt, wenn das Parlament im April über das Schulgesetz berät.



## Ausschreibung: Preis „Gelebte Willkommenskultur und Weltoffenheit“

Zum dritten Mal lobt die Fraktion DIE LINKE den Preis „Gelebte Willkommenskultur und Weltoffenheit in Sachsen“ aus. Zwar können wegen der herrschenden Abschottungspolitik inzwischen weniger Menschen bei uns um Hilfe bitten – doch die Ruhe trägt: das Gift der Spaltung, der schlichten Scheinlösungen, der Hetze gegen Sündenböcke wirkt nach wie vor, Menschenrechte stehen infrage. Der Preis soll all jene würdigen, die dem Hass eine Absage erteilen und sich für ein friedliches Miteinander aller Menschen, für einen weltoffenen Freistaat Sachsen einsetzen. Sie sind potentielle Partner im Kampf um soziale Sicherheit für alle, die hier leben.

Die Auszeichnung wird in den Kategorien „Etablierte Initiative“, „Junge Initiative“ und „Einzelpreis“ vergeben. Die beiden erstgenannten sind mit jeweils 1.000 Euro, der Einzelpreis ist mit 500 Euro Preisgeld dotiert. Die Finanzierung der Preisgelder erfolgt unmittelbar aus Spenden unserer Abgeordneten. Für

den Preis können sich Personen, Gruppen, Initiativen, Vereine oder Verbände bewerben, die sich für Geflüchtete bzw. Migrantinnen und Migranten engagieren, sofern sie in Sachsen wohnhaft und tätig sind. Die Engagierten können sich selbst für den Preis bewerben oder von Dritten vorgeschlagen werden. Der Bewerbung bzw. dem Vorschlag ist eine aussagekräftige schriftliche Beschreibung der jeweiligen Tätigkeit, der Initiative, des Projektes, der Aktion bzw. Leistung beizufügen, die der folgenden Struktur entsprechen soll:

1. Angabe einer ladungsfähigen Postadresse und einer Ansprechperson mit Kontaktdaten (postalisch, telefonisch, E-Mail)

2. Angaben, auf welche Kategorie sich die Bewerbung bezieht (Junge Initiative oder Etablierte Initiative) und zum Grad der Etablierung (kurze Beschreibung zur Dauer des Bestehens, der Anzahl von Mitstreiterinnen und Mitarbeiter, der genutzten Infrastrukturen)

3. Antworten auf die folgenden Fragen im Umfang von jeweils maximal 3.000 Zeichen inkl. Leerzeichen:

3.1. Welche Arbeits- und Aktionsformen zählen zur Tätigkeit des Projektes und wie werden sie jeweils konkret umgesetzt?

3.2. In welchem Verhältnis stehen ehrenamtliche und mögliche hauptamtliche Arbeit?

3.3. Wie werden Asylsuchende bzw. Geflüchtete an der Arbeit des Projektes beteiligt?

3.4. Welche Erfolge wurden bisher erreicht?

3.5. Welchen Widerständen begegnet die Arbeit vor Ort?

Bei Bewerbungen in der Kategorie „Einzelpreis“ sollte neben der Angabe von ladungsfähigen Adress- bzw. Kontaktdaten ein Bewerbungsschreiben eingereicht werden, das einen Umfang von 10.000 Zeichen inkl. Leerzeichen nicht überschreitet und Aussagen zu den folgenden Punkten beinhaltet:

- Beschreibung der Tätigkeit(en), aus der/denen das Engagement besteht
- Aufzeigen von Erfolgen
- Aufzeigen möglicher Widerstände, denen das eigene Engagement begegnet.

**Bewerbungen und Vorschläge können – unter Ausschluss des Rechtsweges – bis zum 15. Mai 2017 an die folgende Adresse eingereicht werden: Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Stichwort: „Gelebte Willkommenskultur und Weltoffenheit in Sachsen – 2017“, Bernhard-v.-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden.**

Die Auswahl der Preisträger erfolgt durch eine Jury, der Fraktionsmitglieder sowie externe Persönlichkeiten angehören. Die Preisverleihung findet im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung am 14. Juni 2017 statt. Veranstaltungsort ist das Radisson Blu Park Hotel & Conference Centre, Nizzastraße 55, 01445 Radebeul. Nähere Informationen folgen.



## Plenarspiegel

### März 2017

Die 50. und 51. Sitzung des 6. Sächsischen Landtages fanden am 15.03.2017 und am 16.03.2017 statt. Die Fraktion DIE LINKE war mit folgenden parlamentarischen Initiativen vertreten:

#### Aktuelle Debatte

„Löhne und Renten niedrig – Lebenshaltungskosten hoch. Zeit für einen Politikwechsel zur Beendigung der Benachteiligung der Menschen in Ostdeutschland“

#### Anträge

„Mehr Transparenz, Kundenorientierung und Verbraucherschutz bei den Kreditinstituten – Verbraucher\_innenschutzinitiative aus Sachsen“ (Drs 6/8725)

„Abschiebungen nach Afghanistan aussetzen – Sicherheitslage neu bewerten“ (Drs 6/8768)

**Sammeldrucksache 6/8790 mit Beschlussempfehlungen der Ausschüsse zu folgenden Anträgen der Linksfraktion:**

„Tierschutz verbessern – Rechtsverordnung zum Schutz freilebender Katzen unverzüglich erlassen und finanzieren!“ (Drs 6/4061)

„Lehrerausbildung in der Region Chemnitz“ (Drs 6/5107)

„Zugang zum feuerwehrtechnischen Dienst im Freistaat Sachsen erleichtern“ (Drs 6/8054)

„Ausbau- und Erhaltungsstrategie für die kommunale Infrastruktur entwickeln und Investitionsschwäche der sächsischen Kommunen mildern!“ (Drs 6/8235)

„Integration fördern: Verwaltungspraxis im Freistaat Sachsen in aufenthaltsrechtlichen Entscheidungen verbessern“ (Drs 6/8239)

Alle Drucksachen unter [www.edas.landtag.sachsen.de](http://www.edas.landtag.sachsen.de)

# Großflächenkampagne gegen Kinderarmut

„Aufwachen, Herr Tillich!“ Dieser Slogan trägt die neue Großflächenkampagne der Linksfraktion (siehe Titelseite), die für zwei Wochen im Land präsent sein wird. Ethisch und volkswirtschaftlich wird Kinderarmut zum größten Problem unseres Landes. Bundesweit ist jedes fünfte Kind armutsgefährdet, aktuell leben in Deutschland etwa zwei Millionen arme Kinder. In Sachsen sind es mindestens 150.000, weit mehr als im Bundesdurchschnitt. Kinder von Alleinerziehenden oder von kinderreichen Eltern sind besonders häufig betroffen. Sie müssen vieles entbehren – warme Mahlzeiten, Obst und Gemüse, altersgerechte Bücher, Spielzeug, Freizeitaktivitäten, Schulausflüge, die Möglichkeit, Freunde einzuladen oder Geburtstage zu feiern. Demütigungserfahrungen prägen das spätere Leben.

Hauptursache für Kinderarmut ist die Einkommensarmut der Eltern. Das ist auch ein Ost-Problem: Das mittlere monatliche Bruttoeinkommen von Vollzeitbeschäftigten liegt im Erzgebirgskreis bei 2.036 Euro, in Wolfsburg über 4.600 Euro. Deutschland gehört zu den vermögendsten Staaten der Welt. Der Reichtum ist jedoch höchst ungleich verteilt. Arme Kinder werden oftmals die armen Jugendlichen von Morgen

und die armen Eltern von Übermorgen. Dieser Kreislauf muss durchbrochen werden. Die Linksfraktion will die Eltern entlasten. Auf Bundesebene muss eine existenzsichernde Kindergrundsicherung in Höhe von 1.050 Euro eingeführt werden. Ein erster Schritt wäre die Erhöhung des Kindergeldes auf 328 Euro. Kleine und mittlere Einkommen müssen entlastet, große Einkommen und Vermögen stärker belastet

werden. Auch auf Landesebene lässt sich helfen: Lernmittel und Schülerbeförderung könnten kostenlos sein. Die Löhne ließen sich erhöhen, wenn das Unternehmenswachstum gefördert, die Tarifbindung erhöht und Betriebsräte gestärkt würden. Die Staatsregierung unternimmt aber nichts, sie will nicht einmal Daten zur Kinderarmut beschaffen. Eine andere Mehrheit würde nicht erst einschlafen, sondern anpacken!



Rico Gebhardt, Dietmar Bartsch und Sarah Buddeberg präsentieren das Motiv.

## Sarah Buddeberg ist neue „PGF“

Die Linksfraktion hat auf Vorschlag des Fraktionsvorsitzenden die **34-jährige Dresdner Theaterwissenschaftlerin Sarah Buddeberg** zur Parlamentarischen Geschäftsführerin (PGF) gewählt. Sie folgt auf Sebastian Scheel, der als Staatssekretär nach Berlin gewechselt ist. Buddeberg gehört dem Landtag seit 2014 an, sie ist gleichstellungspolitische Sprecherin und war bisher stellvertretende Fraktionsvorsitzende. Zuvor war sie mehr als zwei Jahre lang die Geschäftsführerin der Fraktion DIE LINKE im Dresdner Stadtrat.

Ihre Ziele fasst sie wie folgt zusammen: „Mein Kommunikations-Credo ist: moderierend nach innen, selbstbewusst nach außen. Ich möchte die

Stärken der 27 Abgeordneten mehr zur Geltung bringen und damit die Wirksamkeit der gesamten Fraktion erhöhen. Ich will mich zugleich dafür stark machen, dass der Landtag mit größtmöglicher Offenheit dem weit verbreiteten Gefühl entgegentritt, dass Politik weit weg vom alltäglichen Leben stattfindet.“

**Fraktionschef Rico Gebhardt** gratulierte zur Wahl: „Ich verspreche mir von Sarah Buddeberg wichtige Impulse für ein gutes Miteinander in der Fraktion, aber auch im Kontakt mit all den Menschen, mit denen wir zusammenarbeiten. Sie ist geduldiges Netzwerken im gesellschaftspolitischen Raum gewohnt – und das wird auch in der Auseinandersetzung mit

den Seilschaften der CDU helfen. Sie ist eine Brückenbauerin mit Einfühlungsvermögen.“ Die zweite Hälfte der Legislaturperiode wird spannend!

## Termine

**Landessenior\*innenkonferenz 2017: Kommunale Daseinsvorsorge aus der Perspektive älterer Menschen**

8. April 2017, 10-15 Uhr, Hotel „Deutsches Haus“, Multifunktionsraum, Schulplatz 1, 08371 Glauchau

Veranstaltungsinformationen unter [gleft.de/1Br](http://gleft.de/1Br)

## Impressum

Fraktion DIE LINKE  
im Sächsischen Landtag  
Bernhard-von-Lindenu-Platz 1  
01067 Dresden

Telefon: 0351/493-5800  
Telefax: 0351/493-5460

E-Mail: [linksfraktion@slt.sachsen.de](mailto:linksfraktion@slt.sachsen.de)  
[www.linksfraktion-sachsen.de](http://www.linksfraktion-sachsen.de)

V.i.S.d.P.: Marcel Braumann  
Redaktion: Kevin Reißig

**DIE LINKE.**  
Fraktion im Sächsischen Landtag

